



Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Verkehrsausschuss	16.02.2023	öffentlich	Bericht

**Betreff:**

**ÖPNV Nürnberg barrierefrei bis 2023**

**hier: Antrag der Stadtratsgruppe Die Linke vom 19.05.2021**

**Anlagen:**

Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 19.05.2021

Ausführlicher Sachverhalt

**Bericht:**

Die Stadtratsgruppe Die Linke beantragt eine Umsetzung der Barrierefreiheit im ÖPNV der Stadt Nürnberg in folgenden Punkten:

1. Einführung des Zwei-Sinne-Systems (akustisch und visuell) in Bussen, U- und Straßenbahnen bei Information der Fahrgäste über aktuelle Verkehrsstörungen,
2. Zugang zu Fahrkartenautomaten an allen U-Bahnhöfen auch für mobilitätseingeschränkte Fahrgäste,
3. Barrierefreie Ausgestaltung von Bus- und Straßenbahnhaltestellen, deren Ein- und Ausstiegsmöglichkeit von der Fahrbahn aus erfolgt,
4. Einbau eines weiteren Aufzugs am Nürnberger Hauptbahnhof.

Dazu nehmen Verwaltung und VAG Stellung. Dies wird im ausführlichen Sachverhalt erläutert.

**1. Finanzielle Auswirkungen:**

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

- Kosten noch nicht bekannt

- Kosten bekannt

<b><u>Gesamtkosten</u></b>	€	<b><u>Folgekosten</u></b>	€ pro Jahr
		<input type="checkbox"/> dauerhaft	<input type="checkbox"/> nur für einen begrenzten Zeitraum
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

**Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?**  
 (mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt,  
 ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja  
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

## 2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)  
 Ja  
 Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans  
 Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)  
 Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

## 2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja  
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

## 3. Diversity-Relevanz:

- Nein  
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Verbesserung für die Nutzerinnen und Nutzer des ÖPNV durch barrierefreie Haltestellen.

**4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:**

**RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

**UB**

**VAG**

